Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 2 Mark

Sonnabend, 29. Juli 1922

Erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst täglich zweimal mit — abwechselnd — Bilder-Chronik — Unterhaltung — Sport — Lehren und Lernen — Wirtschaft und Recht — Kraft und Weit — Frau und Stoff — Weltverkehr — Reisen und Wandern. — Unverlangt, ohne Rückporto einlaufende Manuskripte werden weder zurückgeschickt noch unter Gewähr aufbewahrt.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 31. Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck: Berlin Nr. 107 941.

Bezug ins Haus: M 100 monatlich. — Zu beziehen in Berlin, Wilhelmstr. 30/32, außerdem bei der Post. Höhere Gewalt, Betriebsstörung oder Streik entbinden von Nachlieferung oder Rückerstattung des Entgelts. Ohne Gewähr für Aufnahme in bestimmten Ausgaben sollen Anzeigen 30 Goldpfennig pro mm-Zeile im Anzeigenteil und 60 Goldpfennig für jede 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Behördenanzeigen gemäß Sondertarif.

61. Jahrgang. Nr. 326 — B 163

Tagesspiegel.

Der vom Reichstagsausschuß ausgestellte eingesetzte Schlichtungsausschuß für den Schiffahrtsstreik fällte heute den Schiedsspruch.

*

Vom 5. August ab tagt in Frankfurt a. M. der Internationale Bazarbeiterkongreß.

*

Die offiziösen Pressorgane der bayerischen Volkspartei schlagen heute einen versöhnlichteren Ton gegenüber der Reichsregierung an.

*

Am 1. August findet eine neue Zusammenkunft der Arbeitgeber und Arbeiter zur Beilegung des amerikanischen Eisenbahnerstreiks statt.

*

Französische Truppen haben Befehl erhalten, die Tschatalschda-Linie gegen einen etwaigen Vormarsch der Griechen zu besetzen.

*

Dollar 606.

Eine Unterredung mit Litwinow.

Rapallo-Vertrag. — Ostfibiren. — Sonderverhandlungen.

An die in Nr. 318 veröffentlichten Erklärungen Litwinows vom 25. Juli zur Haager Konferenz schließt sich eine besondere Besprechung mit einem unserer Mitarbeiter, deren Ergebnisse wir nachstehend folgen lassen.

Auf die Frage über die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages, und ob Deutschland die verschiedenen verbündeten Sowjetrepubliken, wie die Ukraine, Tschita und den Kaukasischen Bund in der nächsten Zeit anerkennen werde, antwortete Litwinow:

Zuerst: Der Rapallo-Vertrag würde für Deutschland nur geringen Wert haben, wenn er nicht gleichzeitig auf die erwähnten Republiken ausgedehnt würde. Deutschland müßte dann sehr bald die offizielle Anerkennung auf die Ukraine, die fernöstliche Republik und die kaukasischen Republiken ausdehnen und Sonderabkommen mit ihnen abschließen.

Mit Bezug auf die offiziöse Frage erklärte Litwinow:

Die russische Regierung begrüßt die kürzliche Erklärung der japanischen Regierung über die Räumung der ostsibirischen Küstenprovinz durch die japanischen Truppen herzlich. Sie würde das darin enthaltene Versprechen noch weit mehr begrüßen, wenn es bereits in die Tat umgesetzt wäre.

Auf den Einwurf über die skeptische Auffassung der russischen Presse in dieser Beziehung antwortete Litwinow:

Die Russen haben guten Grund dafür. Es ist ja nicht das erste Mal, daß die japanische Regierung die Räumung in Aussicht gestellt hat. Er sei trotzdem persönlich überzeugt, daß die augenblickliche Regierung in Japan aufrichtig in ihrem Versprechen feststehen würde. Er bezeichnete den Schritt des Ministeriums Kato als sehr klug, der nach seiner Ansicht weit mehr Japan gutmachen könnte, wenn alle militärischen Abenteuer.

Litwinow erklärte weiterhin, daß demnächst zwischen Tokio und Tschita und zwischen Tokio und Moskau Verhandlungen eröffnet würden. Auf die Frage, wo diese stattfinden würden und was für Kompensationen Rußland für die Nikolajewsk-Angelegenheit Japan anbieten würde, antwortete Litwinow mit einem Lächeln, daß er diese delikaten Fragen nicht beantworten könne.

Ueber die Haager Konferenz wiederholte Litwinow zunächst die im größeren Kreise gemachten Ausführungen.

Auf die Frage, warum Krassin sofort nach London gefahren sei, wie amerikanische Berichterstatter meldeten, antwortete Litwinow:

Um unmittelbare Verhandlungen mit der britischen Regierung zu eröffnen.

Auf die Frage: „Ist es wahr, daß französische Kapitalisten schon im Haag Verhandlungen mit den russischen Delegierten über die Genehmigung von Konzessionen geführt haben?", gab Litwinow folgende Antwort:

Ja, das ist durchaus richtig. Als der ebenfalls anwesende Berichterstatter der Pariser „Humanité" nach weiteren Einzelheiten in dieser Richtung fragte, gab Litwinow keine Antwort.

Zum Schluß der Besprechung erschien Tschitscherin, zog sich aber umgehend wieder zurück.

Krassin bei Lloyd George.

London, 29. Juli. (W. T. B.) Krassin, der vor einigen Tagen aus dem Haag in London eingetroffen ist, hatte gestern abend eine Unterredung mit Lloyd George. Er fährt heute nach Rußland ab. „Daily Chronicle" schreibt, die Besprechung habe sich wahrscheinlich auf die Haltung der russischen Delegierten im Haag bezogen, und Krassin, der die Auffassung der britischen Regierung über die Lage eingehalt habe, werde in Rußland darüber berichten.

Französische Angriffe auf Albert Thomas.

S. Paris, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wahl zum Vorsitzenden des derzeitigen Ausschusses, den das Internationale Arbeitsamt auf Wunsch der deutschen und polnischen Regierung nach Oberschlesien entsendet, hat Albert Thomas wieder die Ehre neuer Angriffe Millerands eingetragen. Ein französischer Abgeordneter will über diesen Falle in der Direktion des Internationalen Arbeitsamtes interpellieren.

Ein moralischer Kongreß.

Genf, 28. Juli. (W. T. B.) Freitag vormittag wurde in Anwesenheit von über 400 Teilnehmern der dritte Internationale Kongreß für moralische Erziehung eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Adolf Ferriere gewählt. In der ersten Vollsitzung erstattete Professor Foerster Bericht über den Wert der Geschichte in der moralischen und sozialen Erziehung. Eine rege Aussprache folgte seinen Ausführungen. In den Sitzungen der Sektionen für Pädagogik, Philosophie und Sozialwissenschaften wurden zahlreiche Referate besprochen. An der Aussprache beteiligte sich bemerkenswerter Weise Professor Forel.

Die deutsche Kohlennot.

39 Millionen Tonnen Steinkohle Defizit. — Die Eisenbahn nur 16 Tage Kohlendeckung.

Die heutige Sitzung des Reichskohlenrats wurde eingeleitet durch das Referat des Geschäftsführers des Reichskohlenrats, Berghauptmann Baumbach, über die Lage der deutschen Kohlenwirtschaft, der ein wahrhaft erschütterndes Bild der deutschen Kohlennot entrollte, daß — wie sich aus den anschließenden Erörterungen ergab — leider in allen seinen Teilen der Wirklichkeit entspricht.

Der Rückgang der deutschen Steinkohlenproduktion in den letzten Monaten, der Verlust wichtiger deutscher Kohlenreviere haben die deutsche Kohlenwirtschaft in eine verzweifelte Lage gebracht. Die arbeitstägliche Förderung des Juni dieses Jahres ist weit unter die durchschnittliche Tagesförderung des ganzen verflossenen Jahres 1921, die sich auf 451 000 To. belief, geblieben, sie unterscheidet auch die durchschnittliche Tagesförderung des Jahres 1921, die ihrerseits infolge des damaligen beinahe gänzlichen Ruhens der oberschlesischen Förderung wegen des Polenaufstandes auch schon ungewöhnlich niedrig gewesen war, aber immerhin noch 407 000 To. betragen hatte. In besonderem Maße ist an dieser Rückentwicklung der Förderung der Ruhrbergbau beteiligt. Seine Tagesförderung ist nach den vorläufigen Ermittlungen des Reichskohlenkommissars im Juni um rund 88 000 bis 40 000 To. gegen Beginn des März dieses Jahres zurückgegeblieben; die Monatsförderung an der Ruhr erweist sich im Juni um etwa 2 Mill. To. geringer als im März dieses Jahres und um rund 1 Million To. geringer als im Mai dieses Jahres.

Der oberschlesische Bergbau bemerkte für die deutsche Kohlenbilanz, die im Vergleich zur Vorkriegszeit bereits durch den Verlust der Vorkriegsgebiete Steinkohlenkreide und durch die zwangsmäßige Ueberlassung der Saargruben geschwächt ist, eine bis zur Unerträglichkeit gehende Einbuße. Diese Folge ist in den jüngsten, im Erscheinen begriffenen Jahresberichtes des Reichskohlenverbandes des Näheren ziffermäßig nachgewiesen. Es gelangt an der Hand der beim Jahre 1921 entnommenen Zahlen über die deutsche Stein- und Braunkohlenerzeugung, sowie über den Kohlenverbrauch Deutschlands im Jahre 1913, berechnet innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen und unter Berücksichtigung des Verlustes von polnisch Oberschlesien, sowie angesichts der augenblicklich zu leistenden Wiedergutmachungsleistungen und der in der Zeit 1921 im Kohlenausfuhrverkehr mit der Tschechoslowakei nötig gewordenen Ausfuhr zu dem peradezu vernichtenden Ergebnis, daß uns unser Zugrundegehen das Bestehen Verbrauch von 1913 nach dem Fortfall der oberschlesischen Gruben jetzt eine Menge von rund 39 Mill. Tonnen Steinkohle jährlich fehlt, die durch Einfuhr gedeckt werden muß, wenn die deutsche Wirtschaft wirklich mit Kohle versorgt sein soll. Im Jahre 1913 erzielt sich dagegen in der deutschen Kohlenwirtschaft ein Ausfuhrüberschuß von rund 34 Mill. Tonnen, so daß sich also die deutsche Kohlenbedarfsbilanz gegen 1913 um rund 73 Mill. Tonnen Steinkohle verschlechtert hat. Für die deutsche Zahlungsbilanz bedeutet dies, wenn die Tonne Steinkohlen nach dem Preisstand vom Juli d. J. mit rund 1200 Papiermark berechnet wird, eine Verschlechterung um jährlich rund 78 Milliarden Papiermark. So wirkt sich zurzeit ziffernmäßig das unselige Friedensdiktat mit seinen Nachträgen und der Genfer Spruch über Oberschlesien endlichig in der Kohlenfrage aus.

In nicht weniger bedrängter Kohlenlage als die Industrie, für deren einzelne Gruppen noch eine Fülle besonderer Beispiele angeführt werden könnte, befinden sich die öffentlichen Unternehmungen. Der

Reichseisenbahn

ist es bisher nicht gelungen, einen höheren Bestand als im allgemeinen nur für etwa 16 Tage anzusammeln, während zur entsprechenden Zeit des Vorjahres, das überdies auch schon schlecht war, der Bestand die doppelte Höhe hatte; im besetzten Gebiet haben die Besatzungsbehörden dagegen Bestände für mehr als 40 Tage verlangt und auch durchgesetzt. Die Aussichten für die Versorgung der Werke und Elektrizitätswerke gestalten sich in hohem Maße ernst. Das vom Reichskohlenkommissar für die Gaswerke festgesetzte Kontingent ist so bemessen, daß mit ihm etwa zwei Drittel des Vorjahrs erreicht werden. Die bisherigen Lieferungen darauf haben aber in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres zum Teil noch nicht einmal die Hälfte jener an sich schon ganz unzulänglichen Ziffer erreicht. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Elektrizitätswerken.

Hand in Hand mit dieser Knappheit geht der jüngst durch die Tagespresse veröffentlichte

Mahnruf an alle Verbraucher

in der Industrie, im Gewerbe und im Haushalt, in ihrem eigensten Interesse sich so viel und so rechtzeitig, wie nur irgend möglich mit ausländischer Kohle einzudecken, um in vielen durch andere einheimische Brennstoffe, insbesondere die reichlich verfügbare Rohbraunkohle und durch Torf Ersatz geschafft werden kann.

„Der Redner benutzte die Gelegenheit der heutigen öffentlichen Aussprache, diesen dritten ernst gemeinten Mahnruf nachdrücklich zu unterstreichen. Seine Verwunderung darüber, daß die zuständigen Organen der deutschen Kohlenwirtschaft nicht leicht gewonden, oder das Gespenst der für den nächsten Winter drohenden Not zwingt zu sonst ungewöhnlichen Maßnahmen.

Wenn bei den vorhergehenden Ausführungen

die Reparationslieferungen

bislang nur nebenbei gestreift worden sind, so beruht dies nur darauf, daß sie wegen des lähmenden Druckes, den sie auf unsere ganze Wirtschaft ausübten, am Schluß unserer Betrachtungen über die nachgerade kriesenhaft gewordene deutsche Kohlennot eine besonders eingehende und nachdrückliche Behandlung erfahren müssen. Das die Lieferung der Kohlen auf Reparationskonto sehr bekanntlich eine monatliche Menge von 1,916 Mill. To. war, bemerkt, was besonders drückend ist, 638 000 To. Koks gegen etwa 240 000 To. im vorigen Sommer. Im Durchschnitt des Jahres 1921 sind monatlich rund 1,5 Mill. To. Wiedergutmachungsleistungen geliefert worden, die laufenden Anforderungen überstiegen also um rund 75 v. H. die Durchschnittsleistung von 1921. Schon bei Festsetzung des gelinderen Kohlenlieferungsprogramms ist deutscherseits erklärt worden, daß mit den angeforderten 1,916 Mill. To. die deutsche Leistungsfähigkeit erschöpft überstiegen werde. Das hat auch die Erfahrung bestätigt. Wir sind mit unseren Lieferungen seit Juni fühlbar im Rückstande geblieben. Die Rückstände, im Juni rund 281 000 To., und zwar namentlich in Koks und Koksähnlichen, haben zu scharfen Nachforderungen der Reparationskommission geführt, und als diese trotz aller deutschen Gegenvorstellungen unerbittlich aufrechterhalten wurden, hat die deutsche Regierung, die keinen anderen Ausweg mehr sah, sogar trotz aller dagegen sprechenden grundsätzlichen Bedenken zu dem Vorschlag greifen müssen, den Ersatz der nicht verfügbaren deutschen Koksfeinkohlen durch Lieferung englischer Kokskohlen, die Deutschland zu beziehen hatte, zu bewirken. Auch dieses wirtschaftlich unwirtliche, nur aus dem Zwang geborene Angebot ist eine Entscheidung der Gegenseite bisher noch nicht erfolgt. Allein vom Januar bis Mai 1922 hat die Reparationskommission im laufenden Programm geforderte Lieferung von Koks und Kokskohle monatlich 900 000 To., 600 000 To. davon gleich 800 000 To. Kokskohle und 100 000 To. unverwertbarer Kokskohle). Das gesamte monatliche Ausbringen an Kokskohle im Ruhrrevier ist bis jetzt noch bei weitem nicht gesteigert worden auf 2,6 bis 2,8 Mill. To. Die Reparationskommission nimmt also reichlich ein Drittel der gesamten Kokskohlenförderung für sich in Anspruch, während bei richtiger Aufteilung der Kohlenmengen auf die ganze deutsche Förderung, Brennstoffen eingerechnet, lediglich ein Zehntel oder selbst nur auf der Steinkohlengrundlage berechnet, ein Fünftel in Frage kommen dürfte. Eine derartige weitgehende Entzieherung des Fehlen der Verbrauch Deutschlands nach seiner jetzigen ingrossiten notwendigerweise eingetretenen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung so unbedingt nötigen Bedarfs ist für die Zukunft unerträglich; dies um so mehr, als im gesamten übrigen Europa gegenüber Deutschland, abgesehen von Rußland, Kohlenüberfluß herrscht.

Der Spruchsatz Vertrag gibt gemäß Anlage IV § 4 und Anlage V § 10 ein anlangbares Anrecht auf eine wesentliche Wiedergutmachung der deutschen Kohlenlieferungen, alle derartigen Verhandlungen sind aber auf schärfsten Widerstand gestoßen. Die bei den Pariser Verhandlungen selbst auch vorbehaltene Entscheidung der Reparationskommission ist jetzt, nachdem anscheinend erst nach der Bericht der Garantiekommission abgewartet worden war, in den letzten Tagen ergangen. Sie übertrifft die schlimmsten Erwartungen. Für die nächsten drei Monate, August bis Oktober d. J. — Monatsmittel dürfen hinzuzählen nicht gestoppt werden monatlich 1,725 Millionen Tonnen Steinkohle, darunter 620 000 Tonnen Koks und 100 000 Tonnen Koksfeinkohle, verlangt.

Am Schlusse seines Vortrages regte der Redner an, aus der Mitte des Reichskohlenrats eine Abordnung an den Reichskanzler zu entsenden, um ihm nochmals eindringlich die gefährliche Kohlenlage Deutschlands vor Augen zu führen. „Gewiß Niemand kann nicht zugemutet werden, durch ein freiwilliges Eingehen auf die mit den Bedürfnissen ihrer Wirtschaft unvereinbaren Forderungen der Gläubiger zu seiner eigenen Verrichtung beizutragen. Deshalb kann dies neue unerfüllbare Diktat der Gegenseite, welches übrigens für die von Deutschland zu bringenden verlangte und für die ganze Weltwirtschaft nach der Auffassung aller vorurteilslosen Sachverständigen so bitter nötige Revision des gesamten Reparationsproblems nur Dieses ahnen läßt, nicht anders als nur mit einem entschiedenen „Nein" beantwortet werden."

Die deutschen Ausgleichszahlungen.

Dies französische Antwort.

Die nach der amtlichen Mitteilung im heutigen Morgenblatt wiedergegebene Antwort Frankreichs auf die Note der deutschen Regierung, betreffs Verabfolgung der Ausgleichszahlungen ist in einer sehr umfangreichen Note enthalten, deren Wortlaut noch bekanntgegeben wird. Die Aufforderung der französischen Regierung geht aus dem mitgeteilten Auszug klar hervor.

Was die Motive der französischen Regierung betrifft, so ist in dieser Frage nach einer so schroffen Ablehnung vorzugehen, so hat es den Anschein, daß sie bestrebt ist, sich durch möglichst starkes Betonen ihres verneinenden Standpunktes vor den konkreten Verhandlungen in London eine möglichst günstige Verhandlungsbasis zu schaffen. Was die Sache selbst anbetrifft so ist bekanntlich die Frage der Ausgleichszahlungen zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich, England, Belgien und Italien auf der anderen Seite gemeinsam geregelt, und die Frage hat bei diesen Verhandlungen sich jedoch von den der Entente-Staaten gemeinsam beschlossen.

Von dieser Tatsache aus ist es gänzlich unverständlich, daß Frankreich nunmehr in der Frage isoliert vorgegangen ist. Wir vermeinen noch einmal auf die kurz mitgeteilte Antwort Belgiens auf das deutsche Ersuchen um Herabsetzung der Ausgleichszahlungen gemeinsam zu behandeln wünsche. Die Antwortnote Belgiens liegt hier an amtlicher Stelle noch nicht vor. Aber jene Mitteilung kennzeichnet bereits den richtigen Gesichtspunkt der belgischen Regierung, daß in dieser Frage ein Land nicht vorzugsweise vorgehen kann.

Wir nehmen an, daß die deutsche Regierung die französische Note entsprechend beantworten und die hier angedeuteten Gesichtspunkte nachdrücklich zur Geltung bringen wird.

Die Bayerische Volkspartei lenkt ein.

Eigene Drahtmeldung.

Lk. München, 29. Juli.

Die heutige Münchener Morgenpresse zeigt, daß der Brief des Reichspräsidenten, wie wir schon gestern mitteilten, hier außerordentlich herabsetzend gewirkt hat. Allgemein wird anerkannt, daß der vom Reichspräsidenten beschrittene Weg als der weitaus geeignetste und beste für einen raschen und gütlichen Ausgleich betrachtet werden muß. Es ist selbstverständlich, daß die sächsischen Meinungsunterschiede nach wie vor von den hiesigen Blättern betont werden. Man kann aber klar erkennen, daß dabei der Wille vorherrscht, möglichst rasch zu Vereinbarungen zu kommen, die beiden Teilen gerecht werden. Der Ministerrat und die Beratung der Fraktionen über den Brief des Reichspräsidenten am Montag vormittag dürften nach Ansicht der maßgebenden bayerischen Persönlichkeiten zu Beschlüssen kommen, die unter Wahrung des bayerischen Standpunktes den Weg zur Verständigung ebnen. Diese Plattform für Verhandlungen und Vereinbarungen, die damit gegeben wurde, wird sicherlich auch von rechten Flügel der Bayerischen Volkspartei und bei der Mittelpartei, auf deren Haltung es jetzt vor allem ankommt, nicht unbeachtet bleiben.

Selbst das Blatt der Mittelpartei, die „München-Augsburger Abendzeitung", sieht heute nicht mehr jede Möglichkeit für einen Ausgleich beschlossen. Das Blatt schreibt: „So wichtvoll und besonnen der Tonfall des Schreibens ist, so sachlich unhaltbar sind doch die staats- und verfassungsrechtlichen Auffassungen, mit denen Reichspräsident Ebert ihrer Bayern gegenüberstritt". Das Blatt schließt seinen Kommentar mit folgenden Sätzen: „Wir gehen und der Erwartung hin, daß man sich in Berlin gegenüber dem Staatsgebiete Bayern zu derselben Achtung bekehrt, wie sie Bayern unentwegt dem Reichsgebiete zollt.

Das Zwischenspiel London—Paris.

Die Verhandlungen auf dem toten Punkt.

Die Teilnahme Italiens und Belgiens. — Millerlei Reparationspläne. — Frankreichs Sieg nach „Konkitionen".

Eigene Drahtmeldung.

A. London, 29. Juli.

Die Verhandlungen über den Londoner Besuch Poincarés haben keinen Fortschritt gemacht. Die ganze Angelegenheit ist nach wie vor in der Schwebe. In englischen Regierungskreisen hat man daran seit, daß die Besprechungen nur unter Teilnahme der Italienischen und Belgischen Vertreter stattfinden können. Allerdings besteht die Gefahr, daß in der Zwischenzeit die deutsche Balnia weiter geschwächt werde. Aber die Reparationskommission könne in diesem Punkte aus eigener Initiative Abwehrmittel nicht ergreifen. Jedenfalls werde noch heute „Daily Telegraph" in allen alliierten Hauptstädten mit Ausnahme von Paris die englische Auffassung gestellt.

Zu der Mitteilung, daß die Verhandlungen auf England und Frankreich beschränkt würden, sie aber keinerlei praktischen Wert hinsichtlich der Forderung Deutschlands, die gegenwärtigen monatlichen Zahlungen auf 100 000 Pfund Sterling herabzusetzen, haben würden, wird nach dem gleichen Blatt in englischen diplomatischen Kreisen erklärt, daß dieses Mittel kaum geeignet sei, Verhandlungen zu ermöglichen, ohne daß die deutschen Unterhandlungen und Argumente einer genauen Prüfung unterzogen werden würden.

Der Pariser Korrespondent der „Times" will in der Lage sein, über die letzten Beschlüsse des französischen Ministerrats hinsichtlich der Reparationsfragen Aufkunft geben zu können. Danach stimme Frankreich einer Regelung der interalliierten Schuldenfrage auf Grundlage der C-Bonds zu, betont jedoch, daß dieser Plan in keiner Weise von der Haltung der Vereinigten Staaten abhängig sei. Eine Verbindung dieses Planes mit der Räumung des Rheinlands durch die alliierten Truppen wird von Frankreich abgelehnt. Unter den Bedingungen, unter denen ein Moratorium für Deutschland zugestanden wird, befindet sich auch die alliierte Beteiligung an der deutschen Industrie. Solche eine Beteiligung lehnen die Alliierten und Deutschland nicht erreicht werden, so werde Frankreich verlangen, daß von den Alliierten ein „abschließendes Versprechen Deutschland erklärt wird, und Frankreich dann seine Handlungsfreiheit in Anspruch nehme.

Der „Times"-Korrespondent gesteht zu, daß der gegenwärtige Augenblick, wo die Reparationsfrage in Frage kommt, für die Lösung der Reparationsfrage überaus günstig sei. In einem Leitartikel deutet die „Times" an, daß die Verzögerung der Londoner Besprechungen mit dem englisch-amerikanischen Schuldenverhältnis in Verbindung stehe, und verlangt nochmals, daß England sofort in unzweideutiger Weise den Amerikanern die Zusicherung geben möge, daß es unter allen Umständen seine Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten erfüllen werde.

Unser Pariser S.-Korrespondent meldet ebenfalls, daß die Verhandlungen über die Londoner Konferenz auf dem toten Punkt angekommen seien:

S. Paris, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Man hat hier ebenfalls den Eindruck, daß die französisch-britischen Verhandlungen über die Londoner Konferenz auf einem Stillstand angelangt sind. Bereits vor einigen Tagen war man so weit gekommen, sich zu fragen, ob die Besprechungen nur unter Teilnahme der Konferenz wie an den eventuellen Vorbesprechungen teilnehmen sollen. Man ist heute noch nicht weiter und die Frage ist noch immer ungelöst. Jedenfalls besteht man heute auf französischer Seite mehr als je darauf, daß die Zusammenkunft vor dem 15. August stattfinden müsse.

Man befürchtet, daß die Presse gibt dieser Befürchtung Ausdruck, daß, wenn die Wiedergutmachungskommission am 15. keine Antwort erhalten hat, sie eigenmächtig ein vorläufiges Moratorium Deutschland erteilen werde und daß dann Frankreich vor eine vollendete Tatsache gestellt sei. Deshalb raten heute fast die Blätter den Ministerpräsidenten, sich in der Reparationsfrage auseinanderzusetzen.

„Kindliche Theorie Poincarés — Größenwahn Lloyd Georges."

London, 29. Juli. (E. G.)

André Tardieu behandelt im „Echo National" die englisch-französischen Erörterungen über den Termin der nächsten Londoner Konferenz. Er führt darin aus, daß auch während des Krieges sehr oft Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen bestanden hätten, daß man aber stets den Mut gehabt hätte, sich die unangenehmen Dinge offen und frei ins Gesicht zu sagen. In Anbetracht der Ungeheuerlichkeit der Probleme und der Verlorenheit der Lage Deutschlands, daß man immer nur über die Frage des Zeitpunktes der Konferenz spreche und daß man fühle, daß die Eigenliebe im Spiel sei, wo es sich um Gewissensfragen handle.

„Die Frage der Londoner Besprechungen", so führt Tardieu weiterhin, „wurde von etwas Tage an sicherlich behandelt. Die kindliche Theorie Poincarés von der Gefahr direkter Verhandlungen und der Größenwahn Lloyd Georges, der glaube, sein Jesus Christus der einzige zu sein, der etwas vom Frieden verstehe, habe die Angelegenheit gleichermaßen verwickelter gestaltet". Jetzt sei es aber genug! Die Völker seien nicht für ihre Minister da, sondern die Minister für ihre Völker!

Vormarsch der Griechen auf Konstantinopel?

Konstantinopel, 28. Juli. (W. T. B.)

Der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen hat den kemalistischen und den französischen Truppen den Befehl erteilt, den Bezirk von Tschatalbdscha zu besetzen und sich einem etwaigen Vormarsch der Griechen auf Konstantinopel zu widersetzen.

Die Vorgeschichte zu dieser auffehenerregenden, aber nicht ganz glaubhaften Nachricht geben nachstehende Meldungen:

London, 28. Juli. (W. T. B.) Das Reuterische Bureau veröffentlicht folgende Meldung: Die Aufmerksamkeit des Foreign Office ist auf die sensationellen Gerüchte gelenkt worden, die von einem drohenden Angriff der Griechen auf Konstantinopel sprechen. Nach hiesiger Auffassung würden sie höchst wahrscheinlich in bewaffneten Konflikt mit den in Konstantinopel befindlichen alliierten Streitkräften, d. h. Briten und Franzosen, kommen. Aus diesen und anderen Gründen ist es ratsam, den umlaufenden Gerüchten nicht allzuviel Gewicht beizumessen, wenn auch die Aufmerksamkeit der Athener Regierung auf die Angelegenheit gelenkt worden wird.

Paris, 28. Juli. (W. T. B.) Nach einer Depesche aus Athen wird die Nachricht von Truppenbewegungen in Thrazien bestätigt. Es seien dort zwei neue Divisionen angekommen. Zu den thrazischen Armeen habe sich auch der Generalstab begeben, der sich bisher in Adrianopel befand. In Konstantinopel herrsche ein gewisse Unruhe. Die alliierten Oberkommissare hätten den griechischen Vertreter auf die ziemlich ernste Lage aufmerksam gemacht.

Konstantinopel, 28. Juli. (W. T. B.) Mustapha Kemal ist von Angora nach der Front abgereist.

Der Streik in der Seeschiffahrt.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Seit vier Wochen hat beinahe kein deutsches Seeschiff einen deutschen Hafen verlassen und ein ruinöser Streik die gesamte deutsche Schiffahrt lahmgelegt. Die deutsche Flagge ist wieder vom Weltmeere verschwunden, weil ein kleiner Kreis von Bordangestellten seine finanzielle Lage aufbessern wollte. Darum hat man sich nicht gescheut, die kaum wieder aufblühende deutsche Reederei stillzulegen. Man hat sich über das Weltwort „Seeschiff ist nur" mit bitterem Zynismus hinweggesetzt, selbst als die Reeder den streikenden Maschinisten weit entgegenkamen. Selbst als eine Grundlage zur Einigung geschaffen war, die nicht nur von den Arbeitgebern, sondern auch Arbeitnehmern unterzeichnet war, hat man diese Einigung nicht respektiert und sich mit den Maschinisten für Fortsetzung des Streiks erklärt.

Man möchte den Streikenden es beinahe als Mißverständnis gutmachen, daß sie sich der Tragweite eines Ausstandes in der deutschen Seeschiffahrt nicht bewußt gewesen sind. Deutschlands Feinde haben uns durch das Trierer Abkommen und den Gewaltfrieden von Versailles unserer Handelsflotte — des wichtigsten Handwerkszeuges für den Wiederaufbau des deutschen Außenhandels — beraubt. Als nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages die deutschen Häfen wieder der internationalen Schiffahrt geöffnet wurden, stürzte sich die ausländische Schiffahrt, namentlich der Ententeländer, auf unsere Nordseehäfen, um uns hier aus regelmäßige Schiffsverbindungen mit aller Welt ins Leben zu rufen. Man wußte die deutsche Schiffahrt abmandrig am Boden und rechnete damit, daß in absehbarer Zeit Deutschland nicht wieder als Wettbewerber der ersehenden Nationen auftreten könne. Nicht geringer hatte das Ausland mit dem unbeugsamen Arbeitswillen und dem unerschütterlichen Vertrauen der deutschen Reeder, die es erkanntlich kurzer Zeit fertig brachten, aus nichts eine neue Handelsflotte aufzubauen. Die deutschen Schiffe wurden bei ihrem Wiedererscheinen in den Ueberseeländern mit Entsetzen begrüßt. Man erinnerte sich der absoluten Zuverlässigkeit und der Pünktlichkeit der deutschen Schiffe und hatte mit den ausländischen ist sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Die deutschen Reeder wußten in zähes, harter Arbeit, Schritt um Schritt, die ausländische Schiffahrt, die namentlich in Hamburg und Bremen schon Fuß gefaßt hatte, wieder aus unseren Häfen zu verdrängen. Aber kaum konnte die deutsche Reederei und Volkswirtschaft die Früchte ihrer Mühe erwarten, als der Streik der Seeschiffahrt einen großen Teil des bisher Aufgebauten wieder zu vernichten drohte.

Der lachende Dritte ist die ausländische Schiffahrt, die natürlich jetzt bei pertinem Termin wieder erobern kann. Der lästige Konkurrent ist auf der Strecke geblieben, allerdings nicht im ehrlichen Kampf von seinen Wettbewerbern besiegt — denn wie die ausländische Schiffahrt nie und nimmer fähig gewesen —, sondern durch einen Streik erschlagen.

Engländer und Holländer setzen bereits alle Hebel in Bewegung, um ihre Schiffe in den bisher von deutschen Dampfern besehenen Linien einzusetzen. Die verlassenen Angebote werden den deutschen Verladern gemacht, damit sie die auf deutsche Schiffe verladene Ladung der Konkurrenz übergeben. Zu ausländischen Häfen werden Tausende Tonnen von Gütern umsonst auf die deutschen Dampfer. In den deutschen Häfen befinden sich Tausende von Passagieren, die auf deutschen Dampfern in ihre überseeischen Bestimmungshäfen gelangen sollen. Diese beider Passagiere sind bereits an die ausländische Konkurrenz freiwillig übergeben. Andere warten schon fast einen Monat in Hamburg auf ihre Abfahrt und müssen von den Reedereien unterhalten werden, was riesige Summen kostet. Also zieht das Ausland aus dem Streik den größten Nutzen.

Nicht minder als die Schiffahrt selbst leidet der deutsche Außenhandel durch diesen Streik. Das Vertrauen der ausländischen Käufer in die deutsche Zuverlässigkeit und prompte Erledigung der Bestellungen — ein Hauptfaktor für den Wiederaufbau unserer früheren Stellung am Weltmarkt — ist wiederum schwer erschüttert. Vergebens wartet der Ueberseekaufmann auf die Ankunft seiner in Deutschland bestellten Exportgüter. Es wird ihm letzten Endes nur übrig bleiben, auf die Erzeugnisse Englands, Amerikas und Japans zurückzugreifen, wie nahezu während des Krieges. Auch sonst wird das Ausland kein Mittel unversucht lassen, den deutschen Außenhandel aus seiner in jeder Weise ernsten Stellung wieder zu verdrängen. Ueberall treten fremde Kaufleute und fremde Schiffe an die Stelle der deutschen, Weltverkehr und Welthandel können nicht warten, bis der Streik beendet ist.

Der Ausstand geht in der Hauptsache um die Einführung des achtstündigen Arbeitstages auf See. Keine andere schiffahrtsbetreibende Nation als Frankreich hat sich bisher zur Einführung des Achtstundentages entschlossen. Die französische Handelsflotte aber ist auch vom Weltmeere absolut wettbewerbsunfähig geworden und spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Kein Wunder, daß gerade Frankreich das allergrößte Interesse daran hat, den Achtstundentag auf See auch in den anderen Ländern einzuführt zu sehen, und wir können uns vorstellen, wie der Franzose mit fieberhafter Spannung den Streik in der deutschen Seeschiffahrt verfolgt.

Daß das Prestige Deutschlands durch die Bakanlegung seiner Schiffahrt aber ist sehr erschüttert wird, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Die Ausländer werden es schon zu Bemühungen nicht fehlen lassen, um den Ueberseern immer und überall vor Augen zu führen: Ihr könnt Euch auf Deutschland nicht verlassen, denn Ihr müßt Euch jeden Augenblick auf einen deutschen Streik gefaßt machen der alle Eure Kalkulationen über den Haufen wirft. Auf diese Weise wird der Wiederaufbau der deutschen Schiffahrt um Monate, ja wohl um Jahre zurückgeschraubt.

Aber nicht nur Schiffahrt und Außenhandel, auch die Werftindustrie wird durch

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

den Streik geschädigt. Nach den bedeutenden finanziellen Verlusten, die unsere Reederei jetzt erleiden, kann an baldige Neubestellung von Dampfern nicht gedacht werden. Wie aber ist mit der Annullierung von Bauaufträgen zu rechnen.

Jeder, dem die deutsche Schiffahrt am Herzen liegt, erwartet baldige Beendigung dieser unhaltbaren Zustände. Man darf nicht übersehen, daß die deutschen Reedereien auch noch höhere Lasten als die Konkurrenz für die verschiedenen Zwecke der sozialen Versicherung zu tragen haben. Auch darum wäre es widersinnig, wenn das bewannte Deutschland, das nur durch bessere und billigere Arbeit als das Ausland mit seinen hochstehenden kann, in der Ueberfrachtenfrage auf Kosten anderen sozialfortschrittlichen Nationen vorangingge.

Hansaat.

Schiedsspruch im Schiffahrtsstreik.

Hamburg, 29. Juli. (W. T. B.) Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des geheimen Regierungsrates Dr. Dausmann hat heute morgen seine Schiedsspruch gefällt, der die Schiffsoffizieren, Ingenieuren, Heizern usw. eine Erhöhung der Gehälter um 30 Prozent auf die Vorkriegspreise zubilligt. Die tariflichen Ueberstundensätze soll durch ein neuerlichtes Abkommen geregelt werden, bis die Vorbereitungen für die endgültige Regelung erledigt sind. Ferner wurden die Frage für die Selbstverpflegung der Besatzungen noch zurgestellt. Auch die Offenversicherung wird von den Reedern zu neuen Beiträgen übernommen. Erfolgt wurden auch die Arbeitslosengeldsätze für die Besatzungen. Die Parteien haben den Reichsarbeitsministerium bis spätestens 31. Juli Mitteilung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu machen.

Für Herabsetzung der Getreideumlage.

Lk. München, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Die bayerische Landesregierung wolle bei der Reichsregierung vorstellig werden und bemühen, daß das Ueberfall für Bayern am Umlagepreise und Mahlgebühr der Einsparbaltinge entsprechend herabgesetzt wird. Bei Begebung des Landesausschusses ist gleichfalls der Antrag auf Zustimmung zu verfassen.

Ein Urteil Vanderlips.

Eigene Drahtmeldung.

Lk. München, 28. Juli.

Der amerikanische Finanzmann Vanderlip hatte gestern anscheinlich in München eine Reihe von Unterredungen mit Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens Bayerns. Vanderlip begab sich in Vertretung seiner Auftraggeber an, daß ihm betraut der bayerische Ministerpräsident, wie der bayerische Landwirtschaftsminister sehr beachenswerte Unterredungen gepflogen hätten. Der amerikanische Finanzmann hat sich besonders auch mit dem früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Hertling, mit Wirtschaftsminister Bayerischen Wirtschaftsrat, Dr. Schlittenbauer, und dem Vorsitzenden der wirtschaftspolitischen Fraktion im bayerischen Landtag, den Abgeordneten Zimm, besprochen.

Vanderlip erklärte einem Mitarbeiter der „München-Augsburger Abendzeitung", daß Amerika vor der neuen Problemstellung eine entschiedenen Stellung unternehmen werde, und zwar einmal, weil eine die Nationen beherrschen, denn aber auch, weil in Europa keine moralische Führerkraft vorhanden ist. Es wäre zwecklos, den europäischen Wirtschaftsleben finanzielle Injektionen durch keine Kaleidoen zu geben.

Ueber seinen Gesamteindruck bekundet, daß Vanderlip ja, daß er sehr pessimistisch beobachtet, daß er keine einzelnen erkennen Deutschland Anst. Der Repräsentant der französisch-deutschen Einstellung sei Poincaré, England Nationen wolle dem Weltmarkt neue Bahnen eine flößen und die Weltwirtschaft über die Weltpolitik stellen. Der Exponent dieser englischen Auffassung sei Lloyd George. Vanderlip meinte, daß politischen beiden Exponenten niemals eine Brücke sich werde finden können. **Es bestehe nur noch die Revision des Versailler Vertrages.**

Das Urteil im Mordprozeß Brügge.

Brüssel, 29. Juli. (T. U.)

In contumaciam . . . Das Schwurgericht von Brüssel hat gestern die beiden deutschen früheren Gardeoffiziere von Stolzberg und Gagern wegen Mordes, begangen an Baron Edbeem, der im Mai 1919 erschossen wurde, in contumaciam zum Tode verurteilt.

Der deutsch-polnische Grenzverkehr.

Bielschau, 28. Juli. (W. T. B.) Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung die Gesetzvorlagen über das deutsch-polnische Abkommen für die Grenzüberwachung im Grenzgebiet, ferner über den Handelsvertrage mit Rumänien, Italien und der Schweiz in allen Lesungen angenommen.

Vor dem Moskauer Urteil.

Der Prozeß der Sozialrevolutionäre in Moskau geht seinem Ende entgegen. Es gibt schon jetzt alle Feststehend, daß wenigstens drei der Angeklagten — Gotz, Donskoi und Timofejew — zum Tode verurteilt werden dürften. Zweifelhaft ist allerdings, ob diese Urteil vollstreckt werden wird.

Gleichzeitig mit dem Gang der Prozeßverhandlungen ist in Deutschland eine Protestkundgebung gegen das ganze Verfahren des Moskauer Gerichts und daß zu erwartende Urteil immer lauter. Zuerst beschränkte sich diese Protestkundgebung auf die sozialistischen Parteien. Mittel- und Westeuropa, und es wurde schon mehrfach erwähnt, welche Rolle dieser Prozeß bei den Verhandlungen zwischen den drei Internationalen in Berlin, im April dieses Jahres, zwecks Schaffung einer proletarischen Einheitsfront gespielt hat. Der Appell der Herbert Wandervelde, Rosenfeld und Theodor Liebknecht nach Moskau, um dort auf dem Prozeß als Verteidiger zu fungieren, beziehen sich darin, den sozialistischen Parteien Europas die Gewißheit zu verschaffen, daß nicht Mitglieder einer sozialistischen Partei — die Sozialrevolutionäre — wegen politischer Sache werden. Es ist bekannt, daß diese Verbrecher ihre Tätigkeit in Moskau vorgen ihrer wohlwollenden Zuvorkommenheit haben ausgeben und von dem Prozeßende noch Hilfe erwarten müssen, um sich der äußerst lästigen Aufsicht der Organe der Sowjetregierung zu entziehen.

Damit wurden die Kundgebungen gegen den Moskauer Prozeß immer zahlreicher und bekamen sie einen auf Rußland, die politisch nicht zu sozialistischen Parteien gehören. Eine Reihe von Professoren der Pariser Sorbonne, hervorragender Schriftsteller in England und Deutschland (unter den deutschen auch Gerhart Hauptmann) richteten Proteste an die Sowjetregierung in Moskau, bezw. ihre Vertreter im Rußlande.

Diese Protestbewegung wäre an sich natürlich nur zu begrüßen. Sollte sie dazu beitragen, einige Menschenleben einem drohenden Justizmord zu entreißen, so wäre sie schon deshalb gewiß gerechtfertigt. Aber, der bei Prozeßverhandlungen in Moskau eingenommen auftreten verfolgt hat, weiß, daß dieser Prozeß einen politischen Hintergrund und Schärfe, sich schließlich ist, daß durch die Regierung erfahrene Polizeiprovokateure unter den arbeitenden Massen Rußlands eine Stimmung geschaffen wurde — aber wenigstens zu schaffen versucht wurde —, welche der Gerichtsverhandlung zu einer Karrikatur eines normalen Gerichtsverfahrens und ein Todesurteil unvermeidlich machen. Es ist also die Angelegenheit von dem Schicksal verschont werden, welches ihnen die Moskauer Machthaber jetzt bereiten, so wäre ein Wort über den Nutzen dieser Protestkundgebungen zu verlieren.

Leider wird aber bei dieser Protestbewegung ein sehr wesentlicher Umstand außer acht gelassen. Der Prozeß der Sozialrevolutionäre ist nicht die einzige Verschärfung dessen, was man in Ländern, wo noch nicht die proletarische Diktatur herrscht, das bolschewistischen Muster entgegnet wird, Recht und Rechtsungleichheit nennt. Gleichzeitig mit diesem Prozeß wurden z. B. in Petersburg eine Reihe von Personen, darunter der Metropolit von Petersburg Benjamin und ein früherer Professor der Geologischen Akademie Novojsky, zum Tode verurteilt wegen angeblichen Widerstands gegen die Beschlüsse der kirchlichen Konfiscation. Es ist bekannt, mit demselben Ausgang fanden in einer Reihe von Provinzstädten in Rußland statt. Um nur die allerjüngste Vergangenheit heranzugreifen, sei nur neuen erinnert, daß im vorigen Sommer ein Professor des Staatsrechts von der Universität Petersburg, N. J. Kolacewsky, erschossen wurde, weil man bei ihm den Entwurf einer Verfassung für Rußland gefunden hat, daß zusammen mit ihm ein Professor der Chemie, Tschiwitsky, hingerichtet wurde, weil er Gas und Giftgase Nachrichten über Rußlands in den Petroleumquellen mitteilte, und daß außer ihnen noch 60 Personen hingerichtet wurden, darunter eine Größtin Frau, deren Schuld darin bestand, daß sie ihre Briefe von Mitgliedern einer angeblichen Verschwörung gerichtet wurden.

Derartige Fälle könnten sich selbst aus den offiziellen Angaben der Sowjetpresse, — die darum sicher lange nicht vollständig sind, — zu Hunderten aus geradezu beweisen. Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre ist aber nur ein Einzelfall in einem System, welches seine Schwerpunkt im politischen Gegnern sieht. Wenn man sich nun in den nichtrussischen Ländern Europas endlich dazu aufraffe, gegen Justizmorde und Verwandlung von Gerichten in Werkzeuge der Parteipolizei zu protestieren, so müßte man schon nicht nur den Fall der Sozialrevolutionäre heranziehen, sondern gegen das ganze System überhaupt Protest einlegen.

Dr. J. Lewin.

Lloyd George gegen neue Kriege.

Verteidigungsrede für den Völkerbund.

London, 28. Juli. (W. T. B.)

Bei einem Frühstück, an dem 400 Nonconformistische Geistliche und Laien teilnahmen, hielt Lloyd George eine Rede, in der er sich für den Völkerbund aussprach und längeren Ausführungen über die nach dem Kriege eingetretenen Schwierigkeiten sagte, die Völker müssen sich zusammentun, um einen neuen Weltkrieg zu vermeiden. Nach der Frieden gerge Gefahren in sich. Die Welt sei voll davon. Einige lügen offen ja Tage, andere leben auf Tagesliste gekommen, viele tanzten im Bewegungen.

Wachet! — sagte Lloyd George — wachet! Das Gefahr bestehe sich aus, daß früher oder später ein neuer Konflikt kommen muß. Nationen, die sich nett nicht lieben, früher nicht geliebt haben, aber Nationen, die verwandt und begraben waren, stellen neue Ansprüche auf. Es gibt bei jeder nationale Erhebung, nationale Befreiungen, Aufrufen, Ansprüchen und künstlich gelegte und übertriebene Ansprüche. Aber das ist noch nicht alles. Beobachtet, was geschieht! Auch fördert Gerüchte Massen, als sie selbst der Krieg sie gelehrt hat, werden gehört. Diese Leute nicht dem Frieden dienen. Es sind beschimpfende Bürger, ungeduldig, unbeweglich und unbeweglich gewordene. Die Leute hatten bittere Fremden und Kinder töten, verzifteten, verstümmeln und verbrennen. Wenn die Kirche Christi in Europa und Amerika haben hätte, daß sich einst Derartiges ereignet, so würde sie helfen ihre Lehre schließen.

Der wahre Krieg

wird, falls es je noch kommen sollte, gegen die Zivilisation geführt werden. Großkriminalen hat keine Aufsingen zu Kunde, gut Ehe und in der Welt herabgesetzt noch unter die an den Kriege unterhaltene Stärke. Wenn jede Nation auf der Erde beschließe hin wollte, dann würde es keine Schäfer für den Frieden geben. Aber es ist schwer für eine Nation, ohne Verteidigung zu bleiben, während andere Nationen zum Kriege rüsten. Ich gehöre zu denen, die große Hoffnungen auf den Völkerbund setzen. Wenn der Völkerbund mit einem Wirksamkeit endet, dann ist die Zivilisation zum Tode verurteilt. Nun die allgemeine Meinung kann den Völkerbund Kraft geben. In dieser Beziehung könnte die Kirche einen Einfluß geltend machen.

Lloyd George fuhr fort: Ich war in Paris der erste, der mit Nat der Zehn vorgeschlagen hat, daß der Völkerbund einen wesentlichen Teil des Versailler Vertrages bilden solle. Der Völkerbund ist ein wesentlicher Teil Maschinerie der Zivilisation. Der

Geist

aber ist Geist ist leben. Der Buchstabe der Völkerbundsatzung ist wunderbar, aber wenn man dem Buchstaben traut, wird das Töten wieder geschehen. Wenn der Geist des Friedens gefahren in sich. Die Welt ist voll davon. Einige lügen offen ja Tage, andere leben auf Tagesliste gekommen, viele tanzten im Bewegungen.

Wachet! — sagte Lloyd George — wachet! Das Gefahr bestehe sich aus, daß früher oder später ein neuer Konflikt kommen muß. Nationen, die sich nett nicht lieben, früher nicht geliebt haben, aber Nationen, die verwandt und begraben waren, stellen neue Ansprüche auf. Es gibt bei jeder nationale Erhebung, nationale Befreiungen, Aufrufen, Ansprüchen und künstlich gelegte und übertriebene Ansprüche. Aber das ist noch nicht alles. Beobachtet, was geschieht! Auch fördert Gerüchte Massen, als sie selbst der Krieg sie gelehrt hat, werden gehört. Diese Leute nicht dem Frieden dienen. Es sind beschimpfende Bürger, ungeduldig, unbeweglich und unbeweglich gewordene. Die Leute hatten bittere Fremden und Kinder töten, verzifteten, verstümmeln und verbrennen. Wenn die Kirche Christi in Europa und Amerika haben hätte, daß sich einst Derartiges ereignet, so würde sie helfen ihre Lehre schließen.

Der wahre Krieg

wird, falls es je noch kommen sollte, gegen die Zivilisation geführt werden. Großkriminalen hat keine Aufsingen zu Kunde, gut Ehe und in der Welt herabgesetzt noch unter die an den Kriege unterhaltene Stärke. Wenn jede Nation auf der Erde beschließe hin wollte, dann würde es keine Schäfer für den Frieden geben. Aber es ist schwer für eine Nation, ohne Verteidigung zu bleiben, während andere Nationen zum Kriege rüsten. Ich gehöre zu denen, die große Hoffnungen auf den Völkerbund setzen. Wenn der Völkerbund mit einem Wirksamkeit endet, dann ist die Zivilisation zum Tode verurteilt. Nun die allgemeine Meinung kann den Völkerbund Kraft geben. In dieser Beziehung könnte die Kirche einen Einfluß geltend machen.

Lloyd George fuhr fort: Ich war in Paris der erste, der mit Nat der Zehn vorgeschlagen

Das Verbot des Marburger Studententages.

Beschwerde an den Minister des Innern.

Der neugewählte Vorstand der „Marburger Deutschen Studentenschaft" richtete an den Minister des Innern eine Beschwerde gegen das am 14. Juli dieses Jahres ergangene Verbot der Marburger Studententage. Es wird darin gesagt, daß die Voraussetzungen des Verbots jener Verfügung hin unzutreffend seien. Ferner wird energisch in Abrede gestellt, daß der Marburger Studentenbund von antisemitischen Bestrebungen einzelnen Sei, vielmehr gegenüber den Gemeinschaften Studentenschaften, die zusammen mehrere Tausend jüdische Mitglieder zählen. Die Gründung jüdischer Studentenschaften in vollem Einklang mit der Verfassung der Deutschen Studentenschaft. Da die Mitgliedschaft der Studentenschaft wegen des Verbots in Marburg nicht möglich gewesen sei, fand der Studententag mit Genehmigung des bisherigen Vorstandes in Gießen statt. Die Besorgnis einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erscheine nicht gerechtfertigt. Es wird dann die Gefahr geltend gemacht, daß, falls dem Studententag der Zutritt zu dem Marburg nicht gewährt werden könnte, die nicht erschienen, wenn jemand den Versuch gemacht hätte, würde ihm ein Wort entgegen werden sein. Die Beschwerde wird unterzeichnet vom Vorstand der Deutschen Studentenschaft.

Die Heilbehandlung der Kriegsbeschädigten.

Ueber die Heilbehandlung der Kriegsbeschädigten erkennen wir, daß die Militärpersonen, die keinen Anspruch auf Fortsetzung der Heilbehandlung haben, sind an die zuständigen Stellen der Versorgungsbehörden gestellt.

Keinen Anspruch auf fortsetzende Heilbehandlung haben die nicht nach dem Reichsversorgungsgesetz abgefundenen Kriegsbeschädigten, als besonders die Wiedergabe der ehemaligen aktiven Offiziere und Feldwebelleutnants. Im vorigen Jahre sind im Reichshaushalt Mittel bereit gestellt, um diesen Kriegsbeschädigten Zuschüsse zu den notwendigen Aufwendungen: a) für Krankenhauspflege, b) für intensive Gemeinschaftsbehandlung, c) für Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel zu gewähren, wenn die Kriegs- und Dienstbeschädigung, und zwar die Zulagen hierfür nicht ausreichen.

Die Gewährung für die Gewährung dieser Zuschüsse hat jetzt erweitert worden und werden im Reichsversorgungsblatt veröffentlicht werden. Zuschüsse sind die allerdings ein Rechtsanspruch nicht besteht — können unter fast gleichen Voraussetzungen wie bisher bewilligt werden: a) für Pflege in einem Krankenhaus oder einer Klinik; b) für Hauspflege, wenn Aufnahme in ein Krankenhaus oder eine Klinik geboten, aber nicht ausführbar ist (Krankenhausbehandlung) c) für Kuren in inländischen Bädern und Kurorten bei organischen Erkrankungen des Herzens, der Kreislauforgane, der Nieren, des Magens, der Leber und der Gallenwege, bei nicht näherer Erkrankung der Atmungsorgane, bei Rosen von Entzündungen und Verletzungen der Knochen und Gelenke (schwerer Art); d) für inländische Luftkurbehandlung; e) für Körperersatzstücke und orthopädische Hilfsmittel sowie Führerhunde für Blinde.

3. Die Zuschüsse für die Ersetzung der Kosten zu bewirtschaften. Näher wird von Herrn des Antrags über ein gedrucktes Antragsformular Auskunft, das bei Versorgungsämtern und Ämtern für Kriegs-Versorgungsleistung (ehem. Heer) in Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 8; für Bayern: Zentralstelle für Kriegsversorgung, Ministerium des Innern in München; für Sachsen: Landesbehörde Sachsen in Dresden-Blasewitz; für Württemberg: Ministerium des Innern; für ehemalige württemberg. Offiziere in Stuttgart, Königstraße 10; für Baden: Ministerium des Innern in Karlsruhe, W. 10, Königin-Augusta-Straße 36—42) bei Einleitung einer Heilbehandlung Anwendung finden.

4. Die Mittel, aus denen Zuschüssen bewilligt werden können, sind beschränkt. Es kann nur erhofft werden, daß die Zuschüsse gewährt werden können, als bei Gewährung erkannt wird; auch ist es nicht möglich, beim Kosten, wie sie in neuen Kuroten und Kurorten vorhanden sind, die Kriegsbeschädigten zu leben. Es liegt im Interesse der Kriegsbeschädigten, diese neuen Heilstätten nicht entbehren zu lassen, diese neuen Heilstätten nicht entbehren zu lassen, daß sie gerade in der Lage sein, daß Kurmahme in eine Heilbehandlung gegen Erstattung der Mehrkosten (z. B. 30 M. für den Tag) zum ganzen Pflegesatz Kostenanteil beantragt wird. Auch für die dort entstehenden Kosten kommen, wenn die unter Versorgungsbehörden zuständigen Zuschüsse in Betracht.

Deutsches Reich.

Einstiger Streik bei der Gelsenkirchener Bergbau A.-G.

Pa. Wanne, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung) Mit der letzten Arbeitsschicht und der sofortigen Festsetzung der Lohnzahlung der Ruhrbergleute wurde eine unsichere Summe Gelder plötzlich bestohlen worden. Das konnte nur dadurch erreicht werden, daß die Arbeitnehmer sich zu vermehrter Arbeit bereit erklärten. Tagelang vor der letzten Lohnzahlungsversammlung wurden aus den Wagen an Noten nicht überall eingeschlossen worden, und die Belegschaft der Schachtanlagen Wilhelmstraße und Minister-Stein der Gelsenkirchener Bergbau A.-G., zirka 5000 Mann, welche diesen Zusammenhang nicht einsah oder aber einfach nicht wollte, hat, nachdem sie das Geld nicht mehr im Juli bekam, prompt den Streik erklärt, der aber inzwischen wieder nach eintägiger Dauer beigelegt ist.

Ausschreitungen streikender Kellner.

L. Leipzig, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Diese Nacht kam es wieder zu Gewaltsamkeiten streikender Kellner, die das Eingreifen von Polizei und Schutzmannschaften nicht mehr hindern. In verschiedenen Lokalen die von Polizeiorganen besetzt werden, forderten die Eindringlinge zum Zeil unter Todesdrohungen gegen den Inhaber die sofortige Einstellung der Betriebe. Am Hauptbahnhof wurden die Gäste des Kurhaus am Auguftus-Platz von den Fensterscheiben und Spiegeln gerissen, ferner die Gäste des Kurhaus am Augustus-Platz wurden die Fensterscheiben und Spiegel zertrümmert, zwei Tische und Stühle zerschlagen und zertrümmert.

Konflikt im Kreisbeg zu Gießer.

Gießer, 28. Juli. Durch das Aufscheiben der Stadt aus dem Kreise waren acht Sitze im Landtag frei geworden, die nach einer Verordnung des Ministers des Innern im Wege des Verhältnisses wieder zugeteilt werden mußten, so daß nach wie vor 12 Bürgerlichen 12 Sozialisten gegenüberstanden. Da auf dem Lande aber eine überwiegende Mehrheit sozialistischer Stimmen abgegeben worden war, hatten die Sozialdemokraten unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Verhältniswahlrechts 14 Vertreter in dem 24 Köpfe zählenden Kreistag haben wollen. Da der Minister eine Neuwahl abgelehnt hatte, will die Linke eine Neuwahl erzwingen.

Ein Walther-Rathenau-Platz in Brandenburg.

Die Polizeiverwaltung von Brandenburg a. H. gibt der Umbenennung des Kaiser-Fritz-Ringes in Walther-Rathenau-Ring und der Kaiser-Friedrichstraße in Frans Ziegler-Straße bekannt. Die Umbenennung der Straßen wird von Brandenburg zur Zeit der antimonarchistischen Revolution.

Meißener und Wurzener Demsitzt bleiben beisetzen.

Sd. Dresden, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung). Die sozialistische Mehrheit des sächsischen Landtages hatte beschlossen, das Meißener und Wurzener Demsitz für den Staat in Anspruch zu nehmen und das Kirchengut für Staatszwecke einzuziehen. Die Regierung lehnte aber ein Gutachten der Leipziger Juristischen Fakultät ein, das dahin lautet, daß die Einziehung der Stiftung durch den Staat ungesetzlich sei.

Kartoffelverlagung und Preisbildung.

Die in Regensburg a. D. versammelten Vertreter der 26 deutschen Bauernvereine haben eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Die Bauernschaft und deutschen Bauernvereine hat dabei Kenntnis genommen, daß in Berlin in mehrmaligen Verhandlungen über die Kartoffelversorgung beraten wurde. Bekanntlich Ergebnis der Verhandlungen ist, daß nach Aufhebung Zwangswirtschaft am 1. Juli 26

Reichshauptstadt.

Salat-Zeit.

Es gibt keinen angenehmeren oder erfrischenderen Genuß zu kalten und warmen Gerichten oder Brot als einen tadellos zubereiteten Salat. In heutiger Zeit, wo jedes Gericht sobald wie nur geworden ist, gewinnt die Salatsoße als gummischmelzbeliebter Begleiter von Zeigwurst, Knödeln, Bohnen, selbst unserer kleinen braunen Freundin, der neuen Kartoffel, erhöhte Bedeutung für die Gesundheit der Allgemeinheit. Fast jeder hat schon die Erfahrung gemacht, daß im Sommer die Eßlust nachläßt, und gerade in bezug auf die tierischen Nahrungsmittel, daß es aber nicht der Fall ist, wenn man einen frischen, grünen Salat als Beifpeile genießt. Kerze behaupten schon lange, daß es sich, wenn keine Neigung zum Essen vorhanden ist, oder wenn, wie gewöhnlich gesagt wird, irgendwem eine Speise nicht schmeckt, meist um eine Trägheit der Verdauung handelt. Bietet er aber eine Gefälligkeit, die ihm genehm, die er mag, so wirkt dieser Reiz allein günstig und fördernd, so daß die Arbeit der organischen Verdauung beginnt, bevor er die Speise seinem Magen zugeführt hat. Man legt nicht umsonst: „Es läuft ihm das Wasser im Munde zusammen." So erfüllt der Salat eine wichtige Aufgabe in der Diät; seine Herstellung, außerdem das zierliche, gefällige Anrichten, sollte von den betreffenden Personen, denen diese Handlung obliegt, mit äußerster Sorgfalt und weisem Maße geschehen. Diese unerläßliche Forderung hat sowohl für die gesundheitliche wie für die häusliche Küche Gültigkeit.

Das ist aber nicht seine einzige Empfehlung, sondern wenn man ihn mit gutem, reinem und frischem Oel anmacht, wird er dadurch gleichzeitig zu einem ausgezeichneten, wenig beachteten Mittel, dem Körper natürlichstes und leichtverdauliches Fett einzuverleiben.

Ein dritter Nutzen — und nicht der geringste — besteht darin, daß die Pflanze Salze enthält, die an und für sich schon normale Verdauungskräfte besitzen und somit einen heilsamen Einfluß auf unsere Blutzusammensetzung auszuüben vermögen. Beim Essen der verschiedenen Gemüse, die sich zur Herstellung eines Salats eignen würden, geht ein recht erheblicher Teil der alkalischen Nährstoffe unwiedbar verloren. Ihre Wichtigkeit ist erwiesen und nicht abzuleugnen, weshalb man sogar bei manchen Hautkrankheiten Salate verordnet. Das Scharbockskraut aber besser die Scharbockskresse hat ihren Namen beispielsweise daher, daß sie als Gegenmittel gegen den Scharbock oder Skorbut zur Anwendung gelangt.

Neben dem Oel gebührt je einem würzhaften Salat erstklassiger Wein- oder Citronensäfte. Häufig aber kann man beobachten, daß manche Hausfrauen meinen, es sei einerlei, was man nimmt, wenn es nur sauer sei. Diese Ansicht ist indessen grundfalsch. Ist wird aus Unkenntnis oder Gleichgültigkeit unangenehm beißendes Gewürz in übermäßiger Weise verwendet, mit dem Resultat, daß der erstrebte Zweck von vornherein als verfehlt angesehen werden kann. Die Beimischung von Essig geschieht in dem Glauben, dadurch die Pflanzenfasern zu lockern, also verdaulicher zu machen. Zitronensäft oder Zitronensäure ist denselben Dienst und ist obendrein für einen schwachen Magen gesünder, wie auch das Oel sehr wohl durch Sahne, gelegentlich süße Sahne ersetzt werden kann. Wenn man dann noch ein wenig Kochsalz hinzufügt, ist der Salat mindestens ebenso schmackhaft, als wenn er mit Essig und Oel bereitet wird. Pfeffer oder sonstiges scharfes Gewürz muß natürlich in unserem Sinne völlig verworfen werden; dagegen ist ein Spritzer Maggiwürze sehr angebracht.

Pflanze von Zucker, geriebener Zwiebel, Knoblauch, Salbeiblättern, Portulak, feinen Tomatenscheiben, Schnittlauch und verschiedenen Kräutern, beziehungsweise Kräutersalzen, ist sehr empfehlenswert. Ein Gedächtnisspruch lautet: Salat mit Essig und Oel, Pfeffer und Salz, Zucker, Essig, Oel und Salz und Zucker führt.

Franz Carl Mack.

> Nichts ist beständig, als der Wechsel — der Wechsel der Preise. Nur Gebächtniskünstler sind noch in der Lage, den jeweiligen Kurs der Milch, der Butter, des Bäckers im Kopf zu haben. Allen anderen fällt die nachstehende Tabelle, die regelmäßig erscheinen wird, den Ueberblick erleichtern.
>
> *Heute kosten:*
>
> **1 Markenbrot:** 17,50 ₰
> **Straßenbahn:** 5 ₰ (Vorortbahn 4 ₰)
> **Omnibus:** III. 2,50 u. 3 ₰; II. 3 u. 3,50 ₰.
> **Stadtbahn:** III. 3 ₰, II. 4 ₰.
> **Omnibus:** 5 u. 7 ₰ (ganze Linie R: 8 ₰).
> **Gas:** etwa 8 ₰.
> **Strom:** Licht 18 ₰, Kraft 9 ₰.
> **Postkarte:** Berlin 0,75 ₰, außerh. 1,50 ₰.
> **Brief:** Berlin 1 ₰, außerhalb 3 ₰.
> **Automatengebrauch:** 1,50 ₰.
> **Droschken:** Kraft 40 ₰, Pferde 30 ₰. Zuge.

Neue Lohnforderungen der Müllkutscher.

Der Transportarbeiterverband hat der Wirtschafts-Genossenschaft Berliner Grundbesitzer neue Lohnforderungen der Müllkutscher vorgelegt. Wie wird von dem Müllkutscher vom 1. August ab, wenn er mit zwei Pferden fährt, ein Wochenlohn von 3000 Mark, wenn er mit drei oder vier Pferden fährt, ein Wochenlohn von 3600 Mark gefordert. Trotz der zum 1. August vorgenommenen Erhöhung ihrer Arbeitsvreise, die schon die Hauseigentümer stark belasten, ohne daß sie zurzeit auf die Mieter abgewälzt werden können, ist es der Wirtschafts-Genossenschaft unmöglich, eine so außerordentlich hohe Belastung zu ertragen. Sie würde etwa 12 Millionen Mark im Jahr betragen.

Die Volksbühnen-Arbeiter streiken.

Seit acht Tagen haben die Bühnenarbeiter der Volksbühne am Bülowplatz in einem wilden Streik, der vom Transportarbeiterverband, ihrer Organisation, nicht gebilligt wird. Vor zwei Wochen haben die Bühnenarbeiter sämtlicher Bühnen neue Lohnforderungen überreicht, zu deren Erledigung Verhandlungen zwischen den Organisationen eingeleitet worden waren. Ohne das Ergebnis dieser Verhandlungen abzuwarten, erschienen die Bühnenarbeiter der Volksbühne, die gewerkschaftlich an den Gesichtsführer der Freien Volksbühne Direktor Neff verpachtet ist, eine halbe Stunde vor Beginn der Nachmittagsvorstellung, einer Oper, am vorigen Sonnabend, und forderten eine Nachzahlung von 3000 ₰ pro Mann für Juli, und zwar sofort, widrigenfalls sie in den Ausstand treten. Direktor Neff lehnte jede Nachzahlung ab, nachdem der Schlichungsausschuß Groß Berlin die Zulässigkeit für das technische Bühnenpersonal feststellt hatte, worauf die Arbeiter das Haus verließen und in den Streik traten. Direktor Neff erwiderte diesen terroristischen Akt mit der Entlassung sämtlicher Bühnenarbeiter, deren die Volksbühne 66 hatte. Seit diesem Zeitpunkt weiß man sich in der Volksbühne mit wenigen Ausstandsarbeitern zu behelfen. Die Vorstellungen gehen trotzdem flott von statten.

Einbrecher in einer Gasanstalt.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ist in der Gasanstalt in Hermsdorf-Nordbahn ein Einbruch verübt worden. Die Einbrecher haben, wie bisher festgestellt werden konnte, das Gebäude offenbar genau gekannt. Sie haben unter Anwendung der gewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln ein Fenster eingedrückt, sind eingestiegen und haben den Geldschrank — nachdem sie ihn angebohrt hatten — gesprengt. Glücklicherweise befand sich an diesem Tage nur die Summe von 20.000 Mark in dem Geldschrank. Mit diesem Betrag sind die Täter entkommen.

Berufsstudien eines Außenseiters.

Ein Tag als Zeitungsverkäufer.

Um die Licht- und Schattenseiten der verschiedenen Berufe aus eigener Erfahrung kennenzulernen, beniigt der Schriftsteller Georg Strelleker eine Sommerstelle dazu, in Berlin gegenwärtig einige berufliche „Stellplätze" zu geben. Hier sein Debüt als Zeitungsverkäufer:

„Oft bin ich lange in der Zeitung gestreichelt, versuche es auch einmal, sie an den Mann zu bringen", dachte ich mir, damit ich mir habe sagen lassen, daß diese Beschäftigung einen unter Umständen recht gut ernährt. Und gerade der einfache Stand der Zeitungshändler hat in Berlin noch eine Zukunft vor sich. Da muß noch viel mehr Tempo hinein! Die alte Dame, die neben mir die Konkurrenzblätter mit leiser Stimme anpries, machte das viel zu schüchtern.

In dieser Gegend marschiert Berlin gewissermaßen nicht an der Spitze. Aber einmal in Paris oder London, so heißt in dem viel feineren Ruhrgebiet, wo, dem wird es sicher aufzufallen sein, welche Regsamkeit die Zeitungsverkäufer dort entwickeln. Die Zeitungsjungen und Ueberschreiberinnen schreien nur so durch die Luft, die gellenden Rufe, den ganzen Straßenlärm überschreiend, prägen sich ins Ohr, so daß man in Straßenbahnen sogar bis in die Hausflurgänge wird man von Zeitungsjungen verfolgt und mit einem Schwall angebrüllt: Sensationsnachrichten überschattet. Wie die Mücken an den Lämpeln, so flammen sie sich an dem Opfer fest und lassen nicht eher locker, bis man in die Tasche greift und sich ein Blatt erhebt. Dann schwupp und die Fäcke — schon ist ein anderer ausgeschrien. Dagegen sind die Berliner Zeitungshändler von einer rührührührührenden Bescheidenheit und Unaufdringlichkeit, die gerade in dieser Branche besonders auffällt.

Wovon liegt das? Vielleicht an den zumeist mahnenden, sachlichen Ueberschriften, die in den Berliner Zeitungen stehen. „Interviewer" — ich spreche hier als Zeitungsverkäufer — hat nicht die Zeit, das ganze Blatt durchzuschreiben, um dann den bemerkenswertesten Inhalt in fünzen Schlagworten wiederzugeben. Wie brauchen aber „Schlagworte", um das Herz des Publikums in Erregung zu bringen, bis es vor Schadenfreude nach neuen, aufsehenerregenden Nachrichten zu springen bricht. Ich habe bis jetzt natürlich im Sinne der Straßenverkäufer. Als solche haben wir absolut kein Interesse an geordneten Zuständen. Im Gegenteil, je bunter und toller es in der Welt zugeht, desto besser ist der Umsatz. Ich glaube, wenn einmal in der Welt acht Tage lang nichts geschieht, müßten wir Zeitungsverkäufer in einen Protestkreuzzug treten. Wir lechzen Kriminalfälle, sensationelle Gerichtsverhandlungen oder Unglücksfälle Körperbaissen am liebsten. Das ist zwar nicht moralisch, aber unser Geschäft baut sich auf ihnen auf.

Besonders Vorsicht bedeutet man für diesen Beruf nicht, wohl aber eine politische Eigung, die man auf Anfeuchen durch das zahlende Publikum erhält. Man muß sitzenbleiben sein und auch sonst nichts auf dem Kerbholz haben, wenn die Eigenschaftung nicht (sichtbar) unbeschwert erfolgen soll. Nächstbetonteriger bekam ich keine, erfuhr gewöhnlich, zweitens, weil für einstige Dauer; wie ich sie erhoffen hatte, keine ausgestellt werden. Doch gab mir ein Herr von der Polizei den Rat, mein Glück als Zeitungsverkäufer auch ohne behördliche Genehmigung zu versuchen. Mehr als „betreten" werden, könnte ich nicht. Und im übrigen solle ich den preußenden Blicken potzmausstimmen Einzelnate gefälligst ausweichen. Was ich versprach.

Der Typus des Berliner Zeitungsausrufers ist mündlichsachlich: lange Hose, Mützengarnschen, strupplger Bart und so. Weibliches fällt bisher selgesellt werden konnte, das Geschlecht offenbar genau gekannt. Es haben Verkäufer Anwendung der geschilderten Vorsichtsmaßregeln ein Fenster eingedrückt, sind eingestiegen und haben den Geldschrank — nachdem sie ihn angebohrt hatten — gesprengt. Glücklicherweise befand sich an diesem Tage nur die Summe von 20.000 Mark in dem Geldschrank. Mit diesem Betrag sind die Täter entkommen.

Sportwaren von Bürstenjobber, den Kaufleuten bald die Zeitungen unterschieden. Jeden hat die Zeitung etwas zu sagen, nur muß das Spezielle hervorgehoben werden.

Dieses Spezielle kommt dann besonders bei den Mittags- und Abendblättern zum Ausdruck: Da stellt sich ein kleiner Junge mir zur Seite. Was mag wohl diesen Bengel interessieren? Er sieht mich nicht lange im Zweifel, hält mich an, schreit auf die Straße und sagt: „Du — Männeken, wie steht denn heute der Dollar?" Aber ich sage es nicht. Ich rufe nur immer: „Der Dollar gestiegen!" Alles weitere kann ja im Innern des Blattes erlesen werden.

Merkwürdig wenig Interesse für die Politik haben die Damen. Man sollte es nicht glauben — bei dem Wohlbrecht der Frauen. Da hat es so ein finiterer Geselle, der ein paar Schritte von mir entfernt steht, leiser als ich. Er versucht irgendein abstruses Wochenblättchen mit allerlei phantasiegeborenen Tiefen. Und schlägt es los. Ich bekomme beinahe mit keinem Laitmotiv oder ähnlichem aufwarten zu können. Da würden sich die Frauen darauf stürzen. Aber Grabmann ist tot.

Gegen sechs Uhr abends — ich habe im ganzen noch nicht Geschäfte — sieht ich mich in ein Hauptor zurück, um das Erscheinen des Arbeitstages nachzuprüfen. Bei flüchtiger Zählung ergibt sich ein Reinverdienst von 267 Mark 50 Pfennig. Dann fürze ich noch einmal auf die Straße, um den „Neuen Berliner" zu erkaufen. Ein Bekannter in wohlangesehener, bürgerlicher Stellung kommt vorbei. Sehr nicht an, flitzert mich einen Augenblick voll Verwunderung, als könnte er seinen Augen nicht trauen, wendet, als ich plötzlich seinen Blick fäbelnd erwidere, das Gesicht und humpelt weiter. Einer, der mich schnitt, der sich schämte . . . Gleich darauf schreie ich meine Zeitungen weiter aus. Da nähert sich eine kleine, alte Dame. Die hält das kleine Blatt, drückt mir einen Fünfmarkschein in die Hand und sagt: „Es ist mir!" Und dabei streift sie mich mit einem mitleidigen Blick und geht hinaus, als ich einmal unwillig das Zeitungsl erstaunen will: „Sie haben wohl auch schon bessere Tage erlebt?"

Ich möchte ihr zurufen: „Sie irren sich! Das ist schon lebe lange her und heute — heute habe ich wieder einmal einen Gewinn von 267 Mark 50 Pfennig Reingewinn! Wenn ich Bücher schriebe, sollere mich das Schreibvolumen und die Stenographie mehr als das Honorar, das ich dafür erhalten würde."

Aber die kleine Dame ist schon weitergeschritten. Und ich hoch: mich trotzdem in das Gewühl der Menschen, lasse mir die Geschichten geben und wähle aus, was Herz und Wagen verlangen, ohne Rücksicht auf die Preise. Denn ich kann es mir leisten . . .

Georg Strelleker.

Freude in Berlin.

Kommerzienrat Heinrich Knote, der argentinische Kgl. Dr. Ch. Prosquello, der Direktor der brasilischen Bank M. Fredis, Mr. Frank Hurbin, Mitglied der Reparations-Kommission, sowie der bekannte Wiener Komponist Dr. Leo Fischer sind in Berlin angekommen und im Hotel Egerstjor abgestiegen.

Der „Mißhandlungstanz" der Tiere.

Der Zoologische Garten hat für die alten Festangtage beim Affenhause als Gelsenbeit allerlei Mangel ein Paar echte Riesenfleinbäche erhalten, die auf der sogenannten „Menagerie" in Eisen-Schaubrunn hausmen. Der Riesenfleinbach ist bis auf ein ganz beschränkten Gebiet zwischen Mont Blanc und Monte Rosa, in einem Jagdrevier des Königs von Italien, schon seit Jahrzehnten vollkommen ausgerottet. Der italienische König gab aber seinerzeit dem österreichischen Kaiser einige Stücke im Tausch gegen edle Hengste aus dem damaligen Hofgestüt Lipizzo bei Triest, und ein Paar der Nachzucht ist jetzt von dort wiederum im Tausch, diesmal gegen junge Löwen, in unsern Zoo gelangt.

Die Arbeit der Feuerwehr.

Die Berliner Feuerwehr wurde nach der Adalbertstraße alarmiert, wo am Freitag abend eine Frau Emma Knoll mit dem Fuße durch den verrauchten Fußboden gebrochen war und Teile der Decke des Unterbewohners auf den Kopf zu stürzen drohten. Es gelang, die Frau vor dem Absturz zu retten. Die Charlottenburger Wehr hatte in Moabit zu um von das Maschinenhaus der Arnholischen Maschinenfabrik in Brand geraten war. Es glückte, eine weitere Ausbreitung zu verhüten. Eine Räuberkammer brannte in der Kottbusser Straße und Immobilien etc. in der Wickerstraße. Räuberkammer mußten Kopfverbände, Wiederbelebungsapparate und Sauerstoffatmungsapparate etc. und in der Wirtschaftsstraße gerufen werden. Ein Mann, der Eigentümer, erlitt durch brennendes Oel an dieser Brandstelle schwere Brandwunden. In der Neuen Friedrichstraße, Hinterhaus ein Autoauto mit Kerosinfeln in Flammen.

Wochenspielplan der Berliner Theater

vom 30. Juli bis 6. August

Staatsoper. Unter den Linden. Geschlossen. Wiederbeginn der Vorstellungen am 20. August.	**Schauspielhaus.** (Tl) Am Gendarmenmarkt. 30. Die beiden Nachtigallen. 31. Die beiden Nachtigallen. 1. Die beiden Nachtigallen. 2. Die beiden Nachtigallen. 4. Die beiden Nachtigallen. 5. Die beiden Nachtigallen. 6. Die beiden Nachtigallen.	**Deutsches Opernhaus.** Charlottenburg, Bismarckstr. Geschlossen.	**Deutsches Theater.** (Tl) Schumannstr. 15. 30. Natalie u. Pertinatter. 31. Natalie u. Pertinatter. 1. Maud der Gabinettinnen. 2. Maud der Gabinettinnen. 3. Maud der Gabinettinnen. 4. Maud der Gabinettinnen. 5. Maud der Gabinettinnen. 6. Maud der Gabinettinnen.
Großes Schauspielhaus. (Tl) Lichtenberstraße. 30. Maskinenhämmer. 31. Maskinenhämmer. 1. Maskinenhämmer. 2. Maskinenhämmer. 3. Maskinenhämmer. 4. Maskinenhämmer. 5. Maskinenhämmer. 6. Maskinenhämmer.	**Volksbühne.** (Tl) Am Bülowplatz 2/3. 30. Robert und Bertram. 31. Robert und Bertram. 1. Die Maskire N (6). 2. Die Maskire. (6). 3. Die Maskire. (6). 4. Die Maskire. (6). 5. Die Maskire. (6). 6. Die Maskire. (6).	**Neues Volkstheater.** (Tl) Königstor Str. 98. 30. Die erste Geige. 31. Die erste Geige. Ab 1. August: Geschlossen.	**Thalia-Theater.** (Tl) Dresdener Straße. 30. Prinz Tom Juan. 31. Prinz Tom Juan. 1. Prinz Tom Juan. 2. Prinz Tom Juan. 3. Prinz Tom Juan. 4. Prinz Tom Juan. 5. Prinz Tom Juan. 6. Prinz Tom Juan.
	Täglich: Lessing-Theater: 8: Der Edelsteinkaufmann. Schiffbauerdamm. 8: Die kleine Elisabeth. Th. d. Königgr. Str.: 8: D. wunderlich. Geschichten des Kapitänleutnant Kretzler. Berliner Theater: 7½: Madame Pfiff. Trianon-Theater: 8: Der weiße Blitz und die schwarze Pantherfrau. Th. am Kurfürstendamm: 8: Der schwarze Pierrot. Deutsches Künstlertheater: 8: Die erste Nacht. Residenz-Theater: 8: Hebezeug. Theater des Westens: 8: Ballett Neuhloff. Ab 1. 8.: Unbekannt.	Th. a. Nollendorfpl.: 7½: Geliebte Leute. Kleines Theater: 8½: Der Gefährte. Ballett Celly de Rienzi. Hansabund: 8: Gretchen. Kleines Operettenth.: 7½: Die Mädels von Tabos. Friedrich-Theater: 8: Eine Frau ohne Vergangenheit. Walhalla-Theater: Geschlossen. Ab 4. 8.: Carmen. (Tl) Komischer Theater: 8: Der Weibertyrann. Mammonsdorf. Neuen Theater: 8: Ein Frauenmärchen. Th. am Barbarossaplatz: 8: Der schwarze Pierrot. Friedrichshain-Theater: 7½: Gastspiel der Wessenberg-Sänger. Ab 1. 8.: Steirische Sänger. Theater des Ostens/Berlin: 7½: Die neuen Varietéattraktionen.	**Theater des Westens.** Kantstraße 12. 30. Die Fledermaus. 31. Die Fledermaus. 1. Die Fledermaus. 2. Die Fledermaus. 3. Die Fledermaus. 4. Die Fledermaus. 5. Die Fledermaus. 6. Die Fledermaus.	**Komische Oper.** Behrenstraße 55/57. 30. Die Fledermaus. 31. Die Fledermaus. 1. Die Fledermaus. 2. Die Fledermaus. 3. Die Fledermaus. 4. Die Fledermaus. 5. Die Fledermaus. 6. Die Fledermaus.
			Nachmittags-Vorstellungen: 30. Juli und 6. August: Volksbühne: 29., 30.: Undine. (6). — 5., 6.: Freischütz. (3). Theater a. Nollendorfplatz: 30.: Macht der Liebe. (3½). Kleines Theater: Die Marchandsonnabende (4). Urania: 30.: Freischütz am Wolfer (3). — 31. Tübingen, Land u. Leute (3). — 1.: Im Schwarzwald (3). 2.3.: Der Eisenbahnsystem (3). — 4.: Die materielle Macht (3). — 5.: Das schöne Schwabenland (3. — 6.: Unser schönes Steinsgebirge (3).	**Wallner-Theater.** (6) Weinbergsweg 10/20. 30. Ein und seine Schwester. 31. Ein und seine Schwester. 1. Er und seine Schwester. 2. Er und seine Schwester. 3. Er und seine Schwester. 4. Er und seine Schwester. 5. Er und seine Schwester. 6. Er und seine Schwester.

N = Neuaufführung.

SELNER-LIKÖRE In überragender Qualität

TRIPLEX GLAS +D.R.P.+ Splittert nicht
Glas- und Spiegelmanufaktur A. Cramer AACHEN
Berlin-Aachener Spiegelmanufaktur Wilder, Meyer & Co. BLN.-HOHENSCHÖNHAUSEN
Die sicherste Autobrille!

Vorteilhafte Kapitalsanlage in guten Dividendenwerten zu besonders günstigen Bedingungen durch W. Kröcher & v. Broecker Berlin W. 9, Potsdamer Strasse 12. Lützow 5130, 5681.

Suchen Sie erstklassige Qualitätsweine dann verlangen Sie Wilhelm 6607 Willy H. Hofmann Weingross-Agentur CHARLOTTENBURG 5 Wall-Strasse 86 Telegramm-Adresse: Frankenweine Berlin. Generalvertreter von Marquis Marco, Bayr. Hofweinhändler, Bad. Hof, Bad. Hof, Bad. Kronprinzen von Schwaben Bahnenhofwert a. M., Weinbergsbesitzer in Lützen, Bonn a. Rh., Trittenheim a. d. Mosel und Am Stein, Würzburg.

Robert Hell's Nährzwieback — von hervorragenden Aerzten empfohlen — zeichnet sich durch hohen Nährwert, leichte Verdaulichkeit und sehr angenehmen Geschmack aus. Robert Hell, Hofbäckermeister Berlin NW. 7, Dorotheenstrasse 19.

Obst-, Südfrucht- und Gemüsehandlung Heinrich Frobart Berlin SW 11 Königgrätzer Strasse 59 Fernruf: Nollendorf 2219

Jede Feinkost der Jahreszeit liefert in anerkannter Güte prompt Alwin Ochs Luisenstraße 31 Telephon: Norden 3885—3888

Teppich-Engros-Haus Einzelverkauf Teppiche Einzelverkauf Brücken, Verbindungsstücke, Diwan-, Tischdecken, Vorleger, Läuferstoffe, Tülldecken, Gardinen, Madras-, Etamine-Fenster und Halbstores. 9—5 Geschäftszeit 9—5. Gladtke & Königsfeld Potsdamer Str. 97, I. 2. Haus von Hochbahnhof Bülowstr.

Ww. Ottilie John Inhaberin: Frau Bertha Neukamm Gegr. 1879 Feinkost · Früchte · Gemüse BERLIN NW.7, Schadowstraße 12/13. Fernsprecher: Amt Zentrum 7530. Versand nach allen Stadtteilen mit eigenem Wagen.

Huttenlocher Scrienstandmesser D. R. P. Der zuverlässigste und einfachste Verbrauchskontroller des Betriebsstoffes für Automobile u. Motorräder

Huttenlocher A.-G. für Maschinen- und Apparatebau Linkstrasse 11 BERLIN W 9 Linkstrasse 11

Nr. 326 Sonnabend

Volkswirtschaftlicher Teil.

29. Juli 1922

Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums, Exzellenz Dr. von Glasenapp, die Diskonterhöhung. Er führte aus:

Die starke **Abundanz der Geldmärkte**, die sich während des Kriegs entwickelt hatte und auch nach dem Kriege zunächst im ganzen und großen fortdauerte, setzt weniges sogar sich noch verstärkte, hat bereits gegen Ende vorigen Jahres wesentlich nachgelassen und gegen Ende des ersten Quartals des laufenden Jahres sich verloren. Im Laufe des zweiten Quartals begann sich eine Geldknappheit zu entwickeln, die sich mehr und mehr steigerte und seit Ende Juni sich in starkem Maße fühlbar machte. Die Sätze für tägliches Geld an der Berliner Börse, die noch im Januar, Februar, März und April sich auf durchschnittlich 4,45 % stellten, stiegen allmählich auf 5 % bei Schatzanweisungsumtorlagen und bei sonstigen Prolongationen auf 7 %. Ebenso steigerte sich der Privatdiskont an der hiesigen Börse, der im Durchschnitt der ersten vier Monate 4,15 % betrugen hatte, Ende Juni auf die Höhe des Banksatzes von 5 %.

Bis zum Frühjahr 1922 war die Reichsbank von der Bewegung nur wenig berührt worden. In dieser Hinsicht kommt zunächst in Betracht, daß die in Fortdauer wachsenden Masse von Reich bei der Reichsbank diskontierten kurzfristigen Reichsschatzanweisungen nach Möglichkeit vom der Reichsbank an freien Markte rediskontiert werden. Insoweit als diese Reichsdiskontierung gelingt, wird die inflationistische Wirkung der Ausgabe von Schatzanweisungen ausgeschlossen. Ende Dezember 1921 waren von insgesamt 225 Milliarden bei der Reichsbank diskontierter kurzfristiger Schatzanweisungen 102,7 Milliarden, also rund 45,7 % am freien Markte untergebracht. Ende 31. Mai war die Gesamtangabe auf 277 Milliarden gestiegen, von denen der Verkehr 109,3 Milliarden, selbst nur 29,4 % aufzunommen hatten; am 30. Juni stellte sich die Gesamtangabe auf 282,9 Milliarden, der vom Verkehr aufgenommene Betrag auf 96,8 Milliarden Mark gleich 34,2 % an 22. Juli war die Gesamtangabe auf 289,5 Milliarden gestiegen, der im Verkehr untergebrachte Betrag auf 95,5 Milliarden, mithin auf 32,2 % gesunken. Dabei ist zu bedenken, daß der 22. Juli von den Monatsschlüssen nicht vergleichbar ist. Für den bevorstehenden Monatsschluß wird sich aber Vermehrung auch am wesentlich günstigerer Betrag ergeben.

Während so das Portefeuille der Reichsbank infolge der abgemilderten Aufnahmefähigkeit des Geldmarktes durch die schwebende Schuld des Reichs mehr und mehr belastet wurde, wurden gleichzeitig auch die unmittelbare Inanspruchnahme des Wechselkredits der Reichsbank durch den Verkehr. Ende November 1921 hatte sich der Bestand der Reichsbank an inländischen Wanzenwechseln und Schecks auf nur 622 Mill. M. gestellt. Ende März 1922 war der Betrag auf 1658,5 Millionen gestiegen; er stieg weiter am 29. April auf 1994,8; am 31. Mai auf 2616,6; am 30. Juni auf 4570,4 am 15. Juli auf 5684 und am 22. Juli auf 6881 Millionen Mark, was gegenüber dem Bestande vom 31. Dezember 1921 ein Mehr von 5959 Mill. M. ergibt.

Unter diesen Umständen hält sich der **ungewöhnlich Diskontsatz von 5 %** nicht länger aufrechterhalten. Seine Aufrechterhaltung stünde mit der Entwicklung der Marktlage in vollkommenem Widerspruch. Wenn von einer Erhöhung des Satzes bisher abgesehen werden konnte, so sind für diese Begründung durch, daß die sich entwickelnde Kapitalknappheit den Bestand der Portefeuilles der Reichsbank noch nicht in eine Diskonterhöhung rechtfertigenden Masse beeinflusst hatte. Infolge der Entwicklung, die sich seit der letzten Sitzung des Zentralausschusses vollzogen hat, ist dies anders geworden. Das Reichsbank-Direktorium glaubt hiernach mit einer Diskonterhöhung um 1 % zu gehen zu dürfen.

Die Überwiegende Mehrheit des Zentralausschusses erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden und stimmte der Erhöhung des Wechselzinsfusses auf 6 % des Lombardzins auf 7 % zu.

Die Geschäftslage in der Wäscheindustrie.

Die andauernde Währungsverschlechterung hat wie in den übrigen Zweigen der Textil- und Bekleidungsindustrie insbesondere auch in der Wäscheindustrie eine **weitere Steigerung des Beschäftigungsgrades** geführt. Die Betriebe sind durchweg für die nächsten Monate voll in Anspruch genommen. Die heftigen Schwankungen auf dem Baumwollmarkt erschwerten die Disposition der Wäschefabriken, die zum größten Teil auf die Verarbeitung von Baumwollgeweben angewiesen ist, ganz außerordentlich. Die Stoffpreise stiegen von Woche zu Woche; sie haben sich innerhalb des letzten Monats allein um etwa 50 % erhöht. In ähnlicher Weise sind auch die übrigen Materialien, Betriebskosten und Löhne gestiegen. Diese Teuerung erforderte die Investierung ganz bedeutender Kapitalien und verschärft die immer mehr hervortretende Geldknappheit. Die Nachfrage des Auslandes nach Wäschegegenständen aller Art ist andauernd sehr stark und übersteigt das Angebot und die Lieferfähigkeit der Industrie bei weitem. Die ständig und sprunghaft in die Höhe gehenden Preise nötigen zu schnellen Kauf, und im Publikum reichlich man nicht mehr mit billigeren Preisen. Angesichts des lange zurückgehaltenen Bedarfs macht sich das Bedürfnis nach Erneuerung der Wäschebestände in Verbraucherkreisen immer mehr geltend. Man kann trotz der hohen Preise vielfach eine Bevorzugung der besseren Qualitäten beobachten; hierin kommt das Bestreben zur Anschaffung von Gebrauchsgegenständen von dauerndem Wert zur Geltung.

Die Teuerung geht mit Riesenschritten weiter. So wurde z. B. in der letzten Generalversammlung der Berliner Wäsche-Fabrik vorm. Gebr. Ritter A.-G. mitgeteilt, daß die Fabrikpreise für ein Dutzend Herrenkragen sich jetzt auf etwa 1000 Mark stellt, also auf weit über das Hundertfache. Angesichts dieser gewaltigen Preisverschiebungen, die insbesondere auch in den Preisvorbehalten der Webereien zum Ausdruck kommen, ist das Bild der Wäschefabrikation außerordentlich gewachsen. Dementsprechend ist auch der Preisvorbehalt in den Kondition des Verbandes Deutscher Herrenwäschefabrikanten mit dem Reichsbund der Textilwaschhäuser vor kurzem abgeändert worden. Danach sollen Aufträge zwar grundsätzlich nicht freibleibend, sondern zu festen Bedingungen aufgenommen werden. Bei Anwendung des in den Verkaufs- und Lieferungsbedingungen enthaltenen Preisvorbehalts sind jedoch Mitglieder des Verbandes Deutscher Herrenwäschefabrikanten berechtigt, für den Fall, dass sich nach Erteilung des Auftrages die Kosten eigenen Betriebes des Herrenwäschefabrikanten auf Grund tariflicher Abmachungen erhöhen, die Preise der verkauften Waren um die tatsächlich Nettomehraufgaben für Löhne zu erhöhen. Hierbei gilt als Grundlage, dass eine tarifliche Lohnerhöhung von 5 % zu einem Preisaufschlag von 2 % berechtigt, wobei 1½ % zur Abgeltung von je 5 % Lohnerhöhung in eigenen Betriebe des Herrenwäschefabrikanten dienen, während die restlichen ½ % nur in Anspruch genommen werden können für 5 % in den Betrieb der Vorlieferanten (Weber und Ausrüster) erfolgter Lohnerhöhung, durch die ausserdem die verkaufte Ware nachweislich verteuert wurde.

Von besonderer Bedeutung bei diesem Abkommen ist die bedingte Ausdehnung des Preisvorbehalts auch für die Lohnerhöhungen bei den Vorlieferanten der Wäscheindustrie. Das zwischen dem Einzelhandel und der Herrenwäschefindustrie bestehende Konditionsabkommen ist von seiten der Abnehmer zum 1. Oktober 1922 gekündigt worden. Verhandlungen über eine Neufassung der Vereinbarungen sollen demnächst beginnen.

H. Löwenborg.

Zunahme der deutsch-oberschlesischen Steinkohlenförderung im ersten dritten Juliwoche. Während die Steinkohlenproduktion Deutsch-Oberschlesiens in der ersten Juliwoche einen Ertrag von 120 619 To. Gesamtförderung erreicht hatte, ist in dem „Industrie-Kurier", in der Woche vom 16. bis 22. Juli auf 171 525 To. angewachsen, gegenüber der Vorwoche mit 156 245 To. Der Gesamtbauptabsatzanteil betrug 97 022 To. (gegenüber 88 691 und 79 727 To. in den Vorwochen); in Deutsch-Oberschlesien blieben 13 679 To., nach dem übrigen Deutschland gingen 76 679 To., Polnisch-Oberschlesien 104 To. (ausser dem mit der Schmalspurbahn 2531 To.), Polen 18 To., Italien 4743 To. Die Kokserzeugung an Ende der Woche betrugen 73 874 To. Die Wagengestellung war ziemlich unregelmässig; von den 14 388 angeforderten Wagen wurden nur 12 298 Wagen gestellt. — Nunmehr liegen auch die endgültigen Ergebnisse für die Produktion des Bergbaus im Deutsch-Oberschlesien im Juni vor. Die belief sich auf 610 591 To. (im Monat Mai wurden in Gesamt-Oberschlesien 612 To. gefördert). Davon wurden mit der Hauptbahn abtransportiert 332 962 Tonnen. Im Inlande blieben in Deutsch-Oberschlesien 41 894 To., nach den übrigen Deutschland gingen 245 772 To., Polnisch-Oberschlesien 636 To. (dazu 19 396 mit der Schmalspurbahn), Polen (ohne Polnisch-Oberschlesien) 25 818 To., Deutsch-Oesterreich 8304 To., Tschechoslowakei 752 To., Italien 26 650 Tonnen, Danzig 4374 To., Memel 290 To. Der gesamte Versand an Eisenbahnlieferschein belief sich auf 625 007 To. Der Kohlenbestand betrug am Ende des Monats 47 456 To. Die Koksproduktion betrug im Juni 106 220 To. (Mai 128 253 To.); die Brikettproduktion belief sich auf 9157 To. im Juni (9180 To. im Mai).

Kreditnot und Bankgeheimnis. Die Bankenkrisen, die auf Deutschland infolge des unverschuldeten Kriegslasten neben der unseligen Währungsverrüttung allmählich auch eine starke Kreditnot ausgelöst haben, haben unbehelmen für die deutsche Wirtschaft nach sich ziehen würden, sind leider allerdings eingetroffen. Die Gefahr steht unmittelbar vor der Türe. Daher wird von allen Seiten der Reichsregierung mit großen Ernste nahegelegt, alles Mögliche zu tun, um um die größten Beschränkungen die Hindernisse zu beseitigen, die der Zufuhrung fremden Kapitals zum Produktionsprozeß heute noch entgegenstehen. In einer Eingabe an den Reichsfinanzminister bittet der Deutsche Industrie-Zentralausschuß aufs dringlichste als Sorge um die deutsche Wirtschaft darum, daß die **Wiederherstellung des Bankgeheimnisses** und die **Aufhebung des Depotzwanges** sofort verfügt werden möge, weil es das wirksamste Mittel für die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Betriebskapital sind. Die letzten Reichsbankzinsen haben gezeigt, daß Gefahr im Verzuge ist und es wird die wichtigsten Interessen der Wirtschaft und damit der Arbeiter gefährden, wenn man sie warten wollte bis eine Ermäßigung der Kriegslasten, Auslandsanleihe oder andre vom Ausland kommende Maßregeln uns Hilfe bringen, von denen außerdem nicht sicher sein würde, ob und in welchem Maße sie Inflation und Kreditnot beseitigen.

Gravorrechnungsstelle für ausländische Noten. Zwischen dem Berliner Kassenverein der Bankiergewerbe und den Organisationen der Berliner Privatbankiers scheinen, wie wir erfahren, Verhandlungen, die auf die Errichtung einer Giroverrechnungsstelle für den Handel mit ausländischen Noten abzielen. Zunächst soll durch diese Abrechnungsstelle der enorm lobhafteste Handel mit Dollarnoten zur Verrechnung gelangen. Die Abrechnungsstelle soll dann auch